



E-Rechnung und die Schlussrechnung im Insolvenzverfahren

von Dipl.-Rpflin Sylvia Wipperfürth, LL.M. (com.)

Fest steht: Ab dem 1.1.2025 besteht E-Rechnungspflicht – selbstverständlich mit Übergangsregelungen. Hat dies Auswirkungen auf die Insolvenzverwaltung? Ganz sicher!

Es folgt: eine kurze Abhandlung, welche Bedeutung die E-Rechnungspflicht (wahrscheinlich) für die Rechnungslegung des Insolvenzverwalters und die Prüfung der Schlussrechnung haben wird (könnte).

1. Was ist eine E-Rechnung?

Durch das *Wachstumschancengesetz*¹ wurden die Maßgaben zur Ausstellung von Rechnungen nach § 14 Umsatzsteuergesetz (UStG) für nach dem 31.12.2024 ausgeführte Umsätze neu definiert. Zielsetzung ist im Wesentlichen die Digitalisierung des Geschäftsverkehrs.

Mit Wirkung ab dem 1.1.2025 definiert § 14 Abs. 1 UStG die elektronische Rechnung (E-Rechnung) neu. Eine E-Rechnung liegt nur dann vor, wenn die Rechnung in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird und eine elektronische Verarbeitung ermöglicht (§ 14 Abs. 1 Satz 3 UStG). Die Echtheit der Herkunft, die Unversehrtheit des Inhalts und die Lesbarkeit der Rechnung müssen – wie bisher auch – gewährleistet sein (§ 14 Abs. 3 UStG). Die Lesbarkeit wird aber nunmehr als maschinelle Auswertbarkeit verstanden (maschinelle Lesbarkeit), wodurch die zusätzliche Erstellung eines menschenlesbaren Dokuments nicht mehr erforderlich ist.

Damit muss die E-Rechnung entweder der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung und der Liste der entsprechenden Syntaxen gemäß der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (ABl. L 33 vom 6. Mai 2014 S.1) entsprechen (§ 14 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1 UStG).

Alternativ kann zwischen Rechnungsaussteller und Rechnungsempfänger vereinbart werden, dass das verwendete Format die richtige und vollständige Extraktion der nach dem UStG erforderlichen Angaben aus der E-Rechnung in ein Format ermöglicht, das der EN 16931 entspricht oder mit dieser interoperabel ist (vgl. § 14 Abs. 1 Satz 6 Nr. 2 UStG).² Interoperabel bedeutet, dass die umsatzsteuerrechtlich geforderten Informationen aus dem ursprünglich verwendeten E-Rechnungsformat ohne Informationsverlust weiterverarbeitet werden können, wie es auch eine entsprechende Extraktion der Informationen aus einer E-Rechnung gemäß der Normenreihe EN 16931 erlauben würde.³



Dipl.-Rpflin Sylvia Wipperfürth, LL.M. ist Leiterin des StIW Sachverständigen-Instituts für Insolvenz- und Wirtschaftsrecht, Referentin, Autorin und Mediatorin BM® sowie gerichtlich bestellte Sachverständige (Schlussrechnungsprüfung).

¹ BGBl. I 2024 Nr. 108

² BMF-Schreiben vom 15.10.2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmern ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 4

³ BMF-Schreiben vom 15.10.2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmern ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 34

Und das bedeutet genau was?

Als zulässiges E-Rechnungsformat wird jede Rechnung anerkannt, die die elektronische Übermittlung und Auswertung nach Maßgabe der §§ 14, 14a UStG sicherstellt.

Nach den vorstehenden Maßgaben zulässige (nationale) Formate sind insbesondere:¹

- **XRechnung**

Eine XRechnung basiert auf einem XML-Format, was sich rein auf die maschinelle Verarbeitung konzentriert und für das menschliche Auge nicht ausgerichtet ist. Sichtbar bzw. für Menschen lesbar gemacht werden kann es allerdings durch ein Visualisierungsfeature.

- **ZUGFeRD-Format**

Beim ZUGFeRD-Format handelt es sich um eine hybride Darstellungsform. Hierbei ist die Besonderheit, dass in einer Datei sowohl das für Menschen lesbare Format (z. B. PDF-Dokument), als auch das strukturiert maschinell lesbare Format (z. B. XML-Datei) dargestellt werden.

Zulässig ist auch die Verwendung internationaler Formate, sofern diese der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung und der Liste der entsprechenden Syntaxen gemäß der Richtlinie 2014/55/EU entsprechen.² Welches – zulässige – Format verwendet wird, ist eine zivilrechtliche Frage, die nur zwischen den Vertragsparteien zu entscheiden ist.³

2. Für wen gilt die E-Rechnungs-Pflicht (inländischer Kontext)?

- **B2C**

Auf der Ebene B2C (Business-to-Consumer = Unternehmer an Endverbraucher) besteht keine E-Rechnungs-Pflicht; das Ausstellen einer solchen ist von dem Einverständnis des Endverbrauchers abhängig.

- **B2B**

Auf der Ebene B2B (Business-to-Business = Unternehmer an Unternehmer) besteht für jeden Unternehmer die Pflicht, E-Rechnung empfangen zu können. Hinsichtlich des Empfangs einer E-Rechnung gilt keine Übergangsregelung; der Unternehmer ist somit ab dem 1.1.2025 verpflichtet, den **Empfang einer E-Rechnung** sicherzustellen.⁴ Hierfür reicht es aus, wenn der Rechnungsempfänger ein E-Mail-Postfach zur Verfügung stellt; die Beteiligten können abweichend hiervon andere zulässige Übermittlungswege vereinbaren.⁵ Zum Auslesen einer maschinell lesbaren Rechnung wird allerdings eine spezielle Software notwendig sein; die meisten gängigen Buchhaltungs-Software-Anbieter haben dementsprechende Features implementiert. Es besteht kein Anrecht des Rechnungsempfängers auf eine alternative Ausstellung einer sonstigen Rechnung durch den Rechnungsaussteller.

Bis zum 31.12.2026 kann eine Rechnung für einen bis dahin ausgeführten Umsatz auch als sonstige Rechnung ausgestellt werden, wobei umsatzsteuerrechtlich eine Papierrechnung für diesen maßgeblichen Zeitraum immer akzeptiert werden wird. Andere elektronische Formate (PDF etc.) dürfen nur noch mit Einwilligung des Rechnungsempfängers versendet werden. Grund-

¹ Siehe zu Ausnahmen und Besonderheiten: BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282

² Siehe hierzu: BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 26

³ BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen

elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 27

⁴ BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 62

⁵ BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 40

lage für dieses Handling ist das Einvernehmen¹ von Rechnungsaussteller und Rechnungsempfänger.²

Ab dem 1.1.2027 sind alle Unternehmer mit einem Vorjahresumsatz von mehr als 800.000 € (i.S.d. § 19 UStG) verpflichtet E-Rechnungen versenden.

Ab dem 1.1.2028 besteht die E-Rechnungs-Pflicht grundsätzlich für alle Unternehmer.

Ausnahmen (=keine E-Rechnungs-Pflicht) gelten für:

- nicht steuerbare Leistungen i. S. d. UStG,
- steuerfreie Umsätze nach § 4 Nr. 8 bis 29 UStG,
- Rechnung über Kleinbeträgen (bis 250 €/brutto, § 33 UStDV),
- Fahrausweise für die Personenbeförderung, die als Rechnung gelten (§ 34 UStDV).

3. Schlussrechnungslegung/-prüfung im Insolvenzverfahren

Neben der Tatsache, dass sich der Insolvenzverwalter im Zusammenhang mit Unternehmensfortführungen und der Liquidation von Unternehmen zügig auf die neuen Vorgaben wird einstellen müssen, werden sich die Maßgaben – früher oder später – selbstverständlich auch im Zusammenhang mit der Rechnungslegung auswirken.

Das klingt galaktisch? In Anbetracht dessen, dass derzeit durchaus noch sehr gängig ist, die Rechnungslegung in Papierform (= Umzugskartons, gefüllt mit Aktenordnern, die Kontoauszüge, Kassenbücher und Belege in Papierform beinhalten) zu gestalten, scheint das Thema E-Rechnung noch weit weg; tatsächlich aber steht es bereits „mit einem Fuß in der Tür“! In Ansehung an die vorbeschriebenen Vorgaben und Übergangsregelungen wird es, nach hiesiger Einschätzung, eine über Jahre dauernden Zeitraum der Parallelität von E-Rechnungsformaten und den „sonstigen Formaten“ (Papierform, PDF-Dateien ohne integrierte Datensätze, Bilddateien oder E-Mails) geben. Diese Parallelität ist zudem dem Umstand geschuldet, dass „ältere“ Verfahren und „neuere“ Verfahren schlussgerechnet werden, für die jeweils unterschiedliche Vorgaben gegolten haben, was sich

im Zuge der nachfolgenden Schlussrechnungslegungen sodann auswirken wird.

Spannend zu beobachten sein wird zudem, inwieweit die Gerichte bei der Schlussrechnungsprüfung „weiter digitalisiert“ sein werden, so weit, dass sie etwaige Schlussrechnungen im E-Rechnungsformat auch werden prüfen können. Derzeit jedenfalls wird berichtet, dass offenbar keine Vorbereitungen getroffen wurden. Damit scheinen mögliche „Kompromisse“ nicht ausgeschlossen. Denkbar wäre, dass sich die Verwalterbüros im Zuge dessen darauf einstellen müssen, um möglicherweise sämtliche E-Rechnungsformate in menschenlesbare und körperliche Schlussrechnungsformate werden „umwandeln“ müssen (- ein Hoch auf die Visualisierungssoftware und Hochleistungsdrucker).

Wie bereits Shakespeare wusste: „Auf Dinge, die nicht mehr zu ändern sind, muss auch kein Blick zurück mehr fallen! Was getan ist, ist getan und bleibt’s.“³

Vorträge mit Sylvia Wipperfürth:

InsO-Führerschein – Auftakt Insolvenzrecht

am 20.1.2025 online bei AGV

Herzlich Willkommen im Insolvenzrecht – Der Einstieg in die Insolvenzsachbearbeitung

ab 4.2.2025 online bei AGV

Vergütung und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder

am 14.2.2025 online bei AGV

Eröffnungsgutachten – Aller Anfang ist optimal!

am 17.2.2025 online bei AGV

Anfechtungsrecht in der Sachbearbeiterpraxis

am 17.2.2025 online bei AGV

Unternehmensübertragung und Forderungseinzug?

am 17.2.2025 online bei AGV

P-Konto im Insolvenzverfahren

am 6.3.2025 online bei AGV

¹ Ausdrückliche Vereinbarung; konkludent; Bestandteil der akzeptierten AGB

² BMF-Schreiben vom 15. Oktober 2024, „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG; Einführung der obligatorischen

elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025“, GZ III C 2 - S 7287-a/23/10001 :007, DOK 2024/0883282, Rn. 63

³ William Shakespeare, 1564-1616: „Macbeth“